

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 81 / 02. 03. 2005

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug electrosmog-news: 28.02.2005 **Schädigt Handystrahlung Spermien?** Handys sollen möglicherweise die Qualität der Spermien vermindern: Nach den Ergebnissen eines australischen Wissenschaftlers schädigen Funkwellen mit den typischen Mobilfunkfrequenzen das Erbgut der männlichen Keimzellen von Mäusen. Andere Forscher sind jedoch skeptisch, ob die beobachteten Effekte tatsächlich auf den Menschen übertragen werden können. Über die Studie von John Aitken von der Universität von Newcastle im australischen New South Wales berichtet das Wissenschaftsmagazin New Scientist (12. Februar, S. 13).
<http://www.wissenschaft.de/> <http://www.newscientist.com/>

=====

INFOS von Organisationen

Gemeinsame Presse-Erklärung PAN Germany/ NABU, Berlin/ Hamburg, 02. März 2005

PAN Germany und NABU fordern Umsetzung des Pestizidreduktionsprogramms Agrarminister müssen konkrete Ziele und Fristen vereinbaren

Hamburg/Berlin – Anlässlich der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern haben die Umweltverbände Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und Naturschutzbund NABU die Länder aufgefordert, konkrete Zielvereinbarungen zum "Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz" zu treffen. Das von Bundesverbraucherministerin Künast vorgelegte Programm müsse als Chance genutzt werden, den Pestizideinsatz in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern möglichst rasch zu reduzieren. „Ohne konkrete Ziele und Fristen ist die dringend erforderliche Trendwende beim Pestizideinsatz jedoch nicht zu erwarten“ sagte Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany. Daher sei es dringend erforderlich, dass die Agrarminister der Länder verbindliche Ziele und Maßnahmen formulieren würden.

Die beiden Verbände begrüßten, dass Ministerin Künast mit dem Reduktionsprogramm die Initiative ergriffen habe. Nunmehr gelte es jedoch, genauere Vorgaben und Ziele zu definieren. „Bund und Länder müssen den Worten endlich Taten folgen lassen und klare Reduktionsziele und geeignete Instrumente festlegen“, sagte NABU-Agrarreferent Florian Schöne. So müssten sich die Länder zur besseren Förderung von Beratung und Kontrolle im Pestizideinsatz verpflichten. Ferner seien eine verbindliche Definition der "guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz" sowie die Festschreibung des "integrierten Pflanzenschutzes" als Grundanforderung notwendig. Nur so könne ein zukunftsfähiges System des Pflanzenschutzes in der konventionellen Landwirtschaft erreicht werden. (1685 Zeichen; 203 Wörter)

Für Rückfragen: Carina Weber, PAN Germany Geschäftsführerin, Tel. 040-3 99 19 10-23, carina.weber@pan-germany.org Im Internet zu finden unter: <http://www.pan-germany.org> und <http://www.NABU.de> Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0 <mailto:presse@pan-germany.org> <http://www.pan-germany.org>

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

02.03.2005

Passivrauchen: Groessere Gefahr als bisher angenommen. Jährlich sterben 650.000 EU-Bürger am blauen Dunst <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050302047>

Nichtraucherzonen: Restaurants verpflichtet, Kneipen nicht

Berlin (dpa) - In Restaurants in Deutschland werden die Nichtraucher künftig stärker geschützt - Kneipen, Bars und Discotheken können das Rauchen weiterhin uneingeschränkt zulassen. Darauf haben sich das Bundesgesundheitsministerium und der Deutsche...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=3&d=3&id=117990>

und/oder

Nichtraucherschutz: Bundesregierung und Gaststättenbranche stellen Einigung vor

BERLIN. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) stellten am 2. März in Berlin eine verbindliche Regelung ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12328&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

28.02.2005

Entwicklungsländer im Fokus der Anti-Tabak-Konvention

Die weltweite Anti- Tabak-Konvention, die seit Sonntag in Kraft ist, richtet sich vor allem gegen das Rauchen in ärmeren Ländern. Während der Tabakgenuß in Nordamerika und Westeuropa kontinuierlich zurückgeht, steigt der Konsum im restlichen Teil der Welt bedrohlich an.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=346673,3871,politik/gesundheitsystem_and

EU startet neue Kampagne gegen das Rauchen

BRUESSEL. Mit einer Roadshow startete am 1. März eine neue europaweite Kampagne gegen das Rauchen. Vom Sitz der europäischen Kommission aus soll das mehrere Meter hohe aufblasbare Objekt

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12323&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Weltweiter Antiraucher-Pakt in Kraft getreten. WHO initiiert erstes globales Abkommen
Internationale Anti-Tabak-Konvention tritt in Kraft**

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050228008>

Verseuchtes Schwein: Antibiotika in vielen Schnitzeln

Berlin (dpa) - Schweineschnitzel können Reste von Antibiotika enthalten. In fünf von 17 Fleischproben wurden Rückstände der Medikamente gefunden, in einer davon lag der Wert über dem gesetzlichen Grenzwert. Das berichtete das Verbrauchermagazin..

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=3&d=2&id=117977>

2 7.02.2005

Überbelastung: 300 000 Schueler mit Kopfschmerzen Neustadt/Weinstraße (dpa) - In Deutschland leiden nach Schätzung des Kinderneurologen Raymund Pothmann etwa 300 000 Schüler unter Dauerkopfschmerzen. Sie würden von seelischer Überlastung und einem falschen Lebenswandel verursacht, sagte der Leiter...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=2&d=28&id=117944>

-

Anmerkung Scherrmann: Wann endlich wird untersucht, welche Rolle die Bausubstanz, die Einrichtungsgegenstände, Wasch-, Reinigungsmittel, Kosmetika, etc. in den Wohnungen, in den Schulen bei der "Überbelastung" und den Kopfschmerzen spielen?

25.02.2005

Jeder zwölfte Erwachsene leidet unter Sozialangst "Cocooning" greift auch auf Kinder über

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050225033>

Anmerkung Scherrmann: Die Frage ist, wie Sozialangst definiert wird. Sorge um die Umwelt wird vermehrt, inzwischen fast automatisch, als Sozialangst, Sozialphobie, psychosoziales Syndrom, das mit besonderer Psychodynamik einhergeht, bezeichnet. Schon allein, weil es immer üblicher wird, dass sog. Experten Eltern, die sich wegen der Schadstoffbelastung in den Schulen ihrer Kinder Sorgen machen, als Menschen mit Spezialangst bezeichnen, geht die Zahl nach oben. In all den Veröffentlichungen und Gutachten der letzten Jahren, wird fast immer festgestellt: Die Menschen werden krank, weil sie ein Angstsyndrom haben. Fast nie wird diskutiert, dass Angst eine FOLGE von Neurotoxinen sein kann.

Lebensmittel: Schadstoffe aus Folien und Deckeln München (netdoktor.de) - Aus Schraubverschlüssen oder Folien können unerwünschte Weichmacher oder gesundheitsschädliche Stoffe in Lebensmittel übergehen. Das belegt eine Untersuchung der Stiftung Warentest. Von 26 Käsesorten, die im Stück oder in...
<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=2&d=26&id=117932>

=====

RECHT

Polyneuropathie oder Enzephalopathie durch organische Lösungsmittel oder deren Gemische Neufassung des Merkblattes BK-Nr.1317 11.02.2005

In der jüngsten Vergangenheit sind Irritationen zum aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand über die Bedeutung des Krankheitsverlaufs nach Beendigung einer Lösemittelexposition entstanden. Anlass waren die unterschiedlichen Formulierungen: Einerseits in der wissenschaftlichen Begründung für die Aufnahme der BK-Nr. 1317 in die BK-Liste (Bundesarbeitsblatt 9/1996, S.45) und andererseits im später veröffentlichten Merkblatt für die ärztliche Untersuchung (Bundesarbeitsblatt 12/1997, S.32). Die aktuelle Neufassung des Merkblatts beseitigt die Widersprüche, vereinheitlicht sie im Wesentlichen auf die Aussagen der wissenschaftlichen Begründung und enthält jetzt folgende Kernaussagen

1. zur **Polyneuropathie***:

"Die lösungsmittelbedingte Polyneuropathie entwickelt sich i. d. R. in engem zeitlichem Zusammenhang mit der beruflichen Lösungsmittelexposition. Allerdings wurden vereinzelt Krankheitsverläufe berichtet, bei denen es 2-3 Monate nach Aufgabe der gefährdenden Tätigkeit zu einer Verschlechterung der Bewegungsfähigkeit kommt (...), so dass die klinische Diagnose der Polyneuropathie auch 2-3 Monate nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit erstmals gestellt werden kann. Lösungsmittelbedingte Polyneuropathien verbessern sich nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit häufig, nicht selten bleibt die lösungsmittelbedingte Polyneuropathie jedoch klinisch nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit konstant oder verschlechtert sich (...). Eine Persistenz** oder eine Verschlechterung der Erkrankung nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit schließt eine Verursachung durch Lösungsmittel nicht aus."

2. zur **Enzephalopathie*****:

"Toxische Enzephalopathien treten i. d. R. noch während des Expositionszeitraumes auf. Mehrere Studien zeigen jedoch auch Jahre nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit eine Zunahme der subjektiven Beschwerden sowie eine Verschlechterung der Ergebnisse psychologischer Testverfahren und der neurologischen Untersuchungsergebnisse (...). Hieraus folgt, dass die klinische Diagnose der lösungsmittelbedingten Enzephalopathie auch mehrere Jahre nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit erstmals gestellt werden kann. Die lösungsmittelbedingte Enzephalopathie kann sich nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit bessern, konstant bleiben oder verschlechtern (...). Eine Persistenz** oder eine Verschlechterung der Erkrankung nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit schließt eine Verursachung durch Lösungsmittel nicht aus."

Die Merkblätter zu den einzelnen Berufskrankheiten beruhen auf den Bewertungen des Ärztlichen Sachverständigenbeirates Sektion "Berufskrankheiten", der das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) berät. Das BMGS hat mit dem neugefassten Merkblatt den Unfallversicherungsträgern Auslegungskriterien zur Verfügung gestellt, die auf der Basis des aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes Aussagen über die Bedeutung des Krankheitsverlaufs nach Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit enthalten.

Die Merkblätter sollen bei der Einzelfallbegutachtung berücksichtigt werden. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen ist geboten, wenn von ihnen abgewichen werden soll (Landessozialgericht Baden-Württemberg vom 17.12.1996- vgl.HVBG- Info 8/1997, 690; Krasney, E.O. in ASU 29 (1994), 525,526).

Die amtliche Bekanntmachung des neugefassten Merkblattes im Bundesarbeitsblatt folgt voraussichtlich im März 2005.

Definitionen:

*Polyneuropathie: Erkrankung peripherer Nerven aus nichttraumatischer Ursache

**Persistenz: Bestehenbleiben eines Zustandes über einen längeren Zeitraum

***Enzephalopathie: Sammelbezeichnung für nichtentzündliche Erkrankungen oder Schädigungen des Gehirns unterschiedlicher Ätiologie

Ansprechpartner: Otto Blome otto.blome@hvb.de

Edith Kamrad edith.kamrad@hvb.de .HVBG

nfo-Angebot [Modifiziertes Merkblatt zur BK-Nr.1317](#)
<http://www.hvb.de/d/pages/praev/pdf/bk13171.pdf>

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

02.03.2005 Von Neuronews:

Neurologie/Psychiatrie -> Morbus Parkinson

PCB und Fungizide erhöhen Risiko für Morbus Parkinson Menschen, die häufig polychloriertem Biphenylen (PCB) und Fungiziden ausgesetzt sind, haben möglicherweise ein erhöhtes Risiko, an einem Morbus Parkinson zu erkranken. Zu diesem Ereignis kommt eine Untersuchung des Department of Environmental Medicine an der Universität in Rochester, USA. So konnten die Wissenschaftler nachweisen, dass PCB dopaminproduzierende Neurone schädigen kann und somit das Entstehen des Morbus Parkinson begünstigt. Außerdem wiesen die Forscher nach, dass das Pflanzenschutzmittel Maneb, ein seit Jahrzehnten in der Landwirtschaft und im Kleingartenbereich eingesetztes Fungizid, einen störenden Einfluss auf das antioxidative System dieser Zellstrukturen hat. Offensichtlich produziert PCB im menschlichen Körper freie Radikale und setzt so die Zellen unter einen erhöhten oxidativen Stress, der wiederum die Degeneration der dopaminproduzierenden Neurone begünstigt. Sind Menschen mehreren Pestiziden gleichzeitig ausgesetzt, dann koennte sich dieser degenerative Prozess sogar noch verstärken, so die Autoren der Studie (jpo)

[Presseerklärung der University of Rochester Medical Center, School of Medicine and Dentistry vom 26.01.2005](#)

<http://www.neuronews.de/linkto.php?ABOID=31666&ATID=5293&UID=439>

1: Int J Hyg Environ Health. 2004 Dec;207(6):563-9.Related Articles, Links

Communication problems with environment-related health disorders as illustrated by a multiple chemical sensitivity (MCS) chatroom.

Jaks H, Hornberg C, Dott W, Wiesmuller GA. Institute of Hygiene and Environmental Medicine, University Hospital Aachen, Germany.

http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list_uids=15729837

Übersetzung des Abstracts, in etwa:

Kommunikationsprobleme mit umweltbezogenen Gesundheitsbeschwerden am Beispiel eines MCS-chatrooms

Das Kommunikationsproblem bei der Behandlung der MCS wurde analysiert und bewertet mittels einer Dokumentation eines MCS Chatroom der nach einer Sendung des Gesundheitsmagazin Praxis

eingerrichtet wurde. Ansätze zur Lösung von Kommunikatonsproblemen im Chatroom wurden entwickelt Eine Gesamtheit von 490 Fällen wurde bewertet, davon die meisten direkt oder indirekt betroffen. 76 waren von Selbsthilfegruppen, 10 von den vier Experten die vom ZDF eingeladen waren. Davon waren 2 Spezialisten für Umweltmedizin, ein Psychosomatik-Experte und ein Psychiater. 49 Nachrichten beinhalteten eine Petition für die Teilnehmer an einer Gruppenklage teilzunehmen.

Neben dem Austausch grundsätzlicher Informationen über MCS waren wiederholte Themen das Auffinden von Ärzten, Kliniken, SHGs und Experten. Ebenso wurden die eigenen Ansichten über Probleme mit der Gesellschaft der Politikwissenschaft und sozialen Sicherungssystemen dargestellt. Ein weiteres Thema war die Kommunikation innerhalb des Chats, welche meistens aus Sarkasmus und Beleidigungen bestand, die die Konflikte auslösten. Diese Kommunikationsprobleme führten zu der Folgerung, dass ein Chatroom nicht das beste Medium für eine Diskussion über MCS ist Falls ein solcher mit Erfolg genutzt werden sollte, ist vorab ein ausgearbeitetes Organisationschema aufzustellen, welches den Austausch aktueller wissenschaftlich exakter Informationen erlaubt und verhinderte das die Diskussion eskaliert und in Auseinandersetzungen abgleitet.

-
Anmerkung Scherrmann:

Eines der Hauptprobleme in diesem ZDF-Forum bestand meiner Erinnerung nach darin, dass zwei universitäre Umweltmediziner, ein Psychiater und ein Psychosomatik-Experte als Moderatoren eingesetzt waren, auch wenn diese, aus welchen Gruenden auch immer, nur sehr zurueckhaltend (mit 10 Beiträgen) reagierten. Dass viel Unmut hochkam, ist angesichts des Vorgehens und der grundsätzlichen Einstellung der Universitären Umweltmedizin in Deutschland, die auch in der sog. RKI -Studie und in der Zusammenfassung über das abschliessende Fachgespräch deutlich dokumentiert wurden, nur zu gut verständlich.

Auch hier wird wieder mit "aktuellen wissenschaftlich exakten Informationen" argumentiert. Wie "aktuell", wie "wissenschaftlich exakt" und wie industrienah diese Informationen sind, beschrieb ich in "Falsche Schlussfolgerungen durch einseitige Bewertung der Evidenz bei der Beurteilung von MCS." publiziert in umwelt-medizin-gesellschaft | 17 | 2/2004, nachzulesen auch unter www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/folgen.htm.

Mein Artikel bezieht sich auf "Multiple Chemical Sensitivity (MCS) - eine Herausforderung interdisziplinärer Patientenversorgung und Forschung" von Claudia Hornberg, Andrea Pauli und Gerhard Andreas Wiesmueller in umwelt-medizin-gesellschaft | 16 | 4/2003

Mich würde natuerlich auch interessieren, wie meine eigenen Beiträge (mit vollem Namen) von den obigen AutorInnen interpretiert wurden.

Übrigens jeder, der oeffters in Foren reinschaut und/oder dort schreibt, weiss, dass die Meinungen auch bei viel weniger strittigen Themen aufeinanderprallen. Auch dort wird nicht nach der Zensur gerufen. Warum wohl hier? Warum wohl verschwand das Forum plötzlich ohne stichhaltige Begründung?

Wie diese "Ansätze zur Lösung von Kommunikatonsproblemen im Chatroom" wohl aussehen? Kommt jemand an den gesamten Artikel?

Umwelt-Medizin-Gesellschaft Ausgabe 1/2005

Inhalt, u.a:

Schwerpunkt: Phtalate

Editorial Weichmacher sind harte Fälle - Gesundheitsrisiko Phthalate H. Breyer

Phthalate: Gefährliche Weichmacher in medizinischen Produkten. Ruzickova, K, Cobbing, M., Rossi T., Belazzi, T

Phthalate - Minimierungsstrategien im Gesundheitswesen. E. Petersen

Biological Monitoring: Sinnvoll oder sinnlos? Alsen-Hinrichs,C.

Toxische Neuropathien sind irreversibel.

Merz, T

Radioaktivität: Erkenntnisse der schleswig-holsteinischen Fachkommission Leukämie im Zeitraum 1993-2004 zur Ursache der in der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen aufgetretenen Leukämiehäufung bei Kindern . Wassermann, Dieckmann, Schmitz-Feuerhake, Kuni, Scholz, Lengfelder

Mobilfunk Die Naila-Studie: Kommentare und Stellungnahmen R. Frenzel-Beyme
Globales Überleben Technopathogenologie - ein fachspezifischer Beitrag zu einem fachübergreifenden Phänomen. Teil 1: Transdisziplinäre Grundlagen G. M. Eguiazu & A. Motta
Infektionskrankheiten Influenza in Deutschland: Als Zoonose durch Trinkwasser übertragbar ? Hinweise und Indizien (Wissenschaftlicher Originalbeitrag) W. Soddemann
Forschungen zur Vogelgrippe in Vietnam K.-R. Fabig

CleanMed Europe (International Healthcare Congress on Sustainable Products and Practice, (6.-8.10.2004, Wien) H. Moshhammer
EMF Hypersensitivity International Seminar and Working Group Meeting der WHO (25./26.10.2004, Prag) B.Stoecker
Rechtsprechung und Rechtsentwicklung W. Krahn-Zembol

Forum

Es mangelt an epidemiologischen Daten: The European Environment & Health Action Plan 2004-2010

Wertverluste von Immobilien durch Schimmelschäden

umwelt-medizin-gesellschaft , Erscheint vierteljährig . Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Fedelhöfen 88, D – 28203 Bremen ,
E-Mail: info@umg-verlag.de Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====
POLITIK - BEHOERDEN
=====

BUNDESMINISTERIUM der JUSTIZ

Berlin, 01.03.2005 **Vorsorgevollmachten können registriert werden**

Ab sofort können alle Bürgerinnen und Bürger ihre Vorsorgevollmacht im Zentralen Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer eintragen lassen. Heute ist die Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung –VRegV) in Kraft getreten.

„Mit dem neuen Vorsorgeregister können Gerichte Vorsorgevollmachten schnell, einfach und sicher finden. Das verhindert überflüssige Betreuungen“, erläuterte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries die Vorteile des elektronischen Registers.

Durch eine Vorsorgevollmacht können Bürgerinnen und Bürger einen anderen Menschen bevollmächtigen, ihre Angelegenheiten zu besorgen, wenn sie durch Unfall, Krankheit oder Alter zu einem späteren Zeitpunkt dazu selbst nicht mehr in der Lage sein sollten. Wurde für einen solchen Fall niemand bevollmächtigt, muss das Vormundschaftsgericht für den betroffenen Menschen einen Betreuer bestellen. Die Gerichte haben häufig Schwierigkeiten festzustellen, ob ein Betreuungsbedürftiger eine Vorsorgevollmacht verfasst hat. „Jetzt können sie das Zentrale Vorsorgeregister jederzeit online abfragen und so klären, ob Informationen über eine Vorsorgevollmacht eingetragen sind“, sagt Dr. Tilman Götte, Präsident der Bundesnotarkammer.

Die Notare haben auf freiwilliger Basis bereits mit dem Aufbau eines Datenbestandes begonnen. Seit dem Frühjahr 2003 konnten von Notaren beurkundete und beglaubigte Vorsorgevollmachten gemeldet werden. Den Vormundschaftsgerichten steht daher bereits ein umfassender Datenbestand von ca. 230.000 Vorsorgevollmachten zur Verfügung.

Bürgerinnen und Bürger können ab heute ihre Vorsorgevollmacht über das Internet (www.vorsorgeregister.de) oder per Post an das Zentrale Vorsorgeregister bei der Bundesnotarkammer melden. Auch der Notar oder Rechtsanwalt, der bei der Errichtung rechtlich beraten hat, kann weiterhelfen. Die Vorsorgeregister-Verordnung regelt die Einzelheiten des Registerverfahrens von der Antragstellung durch den Vollmachtgeber bis zum Abruf durch die Vormundschaftsgerichte. Das Zentrale Vorsorgeregister erhebt für die Eintragung aufwandsbezogene Gebühren, die abhängig vom gewählten Verfahren sind. So ist etwa die Online-Meldung günstiger, als der auf Papier übermittelte Eintragungsantrag. In üblichen Fällen entstehen einmalige Gebühren im Bereich zwischen 10 und 20 €.

„Mit den neuen technischen Möglichkeiten stärken wir die Vorsorgevollmacht als Mittel der Selbstbestimmung. Denn nur eine Vollmacht, die im Betreuungsfall auch gefunden wird, ist eine wirkungsvolle Vollmacht“, sagte die Ministerin.

Weitere Informationen zum Zentralen Vorsorgeregister gibt es unter www.vorsorgeregister.de oder bei der Bundesnotarkammer - Zentrales Vorsorgeregister, Postfach 08 01 51, 10001 Berlin, Tel.: 01805 35 50 50 (0,12 € / Min.).

Ausführliche Informationen zum derzeit geltenden Betreuungsrecht und zur Vorsorgevollmacht sind auf den Internet-Seiten des Bundesministeriums der Justiz unter www.bmj.de/enid/Ratgeber/Betreuungsrecht_kh.html erhältlich.

Herausgegeben vom Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Justiz presse@bmj.bund.de

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

Nichtraucherschutz in Gaststätten - Schnappauf: Bund folgt bayerischem Weg "Wenn freiwillige Regelung nicht greift, ist gesetzliches Verbot nicht ausgeschlossen."

Dem bayerischen Weg für mehr Nichtraucherschutz in Gaststätten folgen jetzt auch Bundesregierung und Deutscher Hotel- und Gaststättenverband. Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf begrüßte heute in München die bundesweite Vereinbarung zum Nichtraucherschutz in Speisebetrieben, forderte aber zu weiteren konkreten Maßnahmen auf. "Die Vereinbarung ist jetzt der allererste Schritt. In Bayern sind wir schon aktiv. Die Aktion "Nichtraucherfreundlicher und Rauchfreier Hotel- und Gaststättenbetrieb" ist bereits sehr gut angelaufen", betonte der Minister. Innerhalb von 6 Wochen beteiligen sich bereits mehr als 170 Betriebe an der Aktion.

Die bayerische Aktion will einerseits Betriebe zur Ausweisung von Nichtraucherbereichen motivieren und andererseits den Gästen eine transparente Orientierung sein. Sie umfasst neben einer einheitlichen Kennzeichnung der teilnehmenden Betriebe nach klar definierten Kriterien auch eine Internetplattform zu nichtraucherfreundlichen und rauchfreien Betrieben. "Die Gäste sollen spätestens an der Tür erkennen können, welcher Gastwirt auf die Gesundheit seiner Kunden achtet", ergänzte der Minister. Greife die freiwillige Regelung nicht, sei ein gesetzliches Verbot nicht ausgeschlossen.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

=====

BUNDESTAG

Berlin: Mi, 02.03.2005 Umwelt/Antrag

UNANGEKÜNDIGTE FELDBEOBACHTUNG ÜBER PFLANZENSCHUTZMITTEL ENDGÜLTIG STOPPEN

Berlin: (hib/WOL) Ein Projekt des Umweltbundesamtes zur so genannten unangekündigten Feldbeobachtung soll endgültig gestoppt werden. Dies fordert die CDU/CSU in einem Antrag (15/4935). Die Fraktion erklärt, das Amt habe in öffentlicher Ausschreibung im Oktober 2003 ein Projekt eingeleitet, bei dem durch die Entnahme von Boden- und Pflanzenproben landwirtschaftlich genutzter Flächen in der Nähe von Gewässern ein Fehlverhalten von Landwirten bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfasst werden sollte. Mit dieser "verdeckten Feldbeobachtung" werde ein ganzer Berufsstand diskreditiert, heißt es. Die Union erklärt, das Vorgehen stelle die Einhaltung guter fachlicher Praxis der Land- und Forstwirte generell in Frage. Zudem sei die Existenz des Projektes zunächst vom Umweltbundesamt und den zuständigen Bundesministerien geleugnet worden. Erst auf Druck der Unionsfraktion seien nach und nach Informationen über das Vorhaben des Umweltbundesamtes bekannt geworden. Damit habe die Behörde einen realistischen Überblick über die Anwendungspraxis im Pflanzenschutz und über den Umgang mit Abstandsregelungen gewinnen wollen. Die Notwendigkeit sei mit dem Fehlen gesicherter Zahlen und Daten begründet worden.

Die Fraktion hält diese Feststellung jedoch für unzutreffend, da das Material bei den jeweiligen Landesbehörden mit zuständigen und dafür ausgebildeten Mitarbeitern vorhanden sei. Auch das Verbraucherschutzministerium habe das Vorgehen als kontraproduktiv für das "Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz" vom Oktober 2004 bezeichnet. Bei dem Reduktionsprogramm soll mit allen Beteiligten - Landwirten, Behörden auf Landes- und Bundesebene sowie Pflanzenschutzmittelherstellern - ein transparentes und offenes Verfahren über mögliche Probleme bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln herausgearbeitet werden. Die Regierung wird nun aufgefordert, das Projekt der unangekündigten Feldbeobachtung einzustellen und mit dem Programm "Integrierter Pflanzenschutz" ein Konzept zu entwickeln, um dazu beizutragen, dass die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit möglichst geringem Bürokratieaufwand verbessert wird.

Im Bundestag notiert: **ZUR EUROPÄISCHEN CHEMIKALIENPOLITIK**

Umwelt/Kleine Anfrage Berlin: (hib/WOL) Die Einschätzung der Bundesregierung zur Europäischen Chemikalienpolitik nach dem REACH-System interessiert die FDP in einer Kleinen Anfrage (15/4910). So wollen die Abgeordneten wissen, welche Kostenwirkungen mit Einführung des geplanten REACH-Systems in der gegenwärtigen Fassung verbunden sind und auf welchen Grundlagenkenntnissen und Informationen sie beruhen.

Dargelegt werden soll auch, wie der Entwurf der REACH-Verordnung unter dem Aspekt des Bürokratieabbaus, der Wettbewerbspolitik sowie der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zu bewerten ist. Dies gilt sowohl für den Vorschlag der EU-Kommission, Orientierungshilfen zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Umsetzung des neuen Systems zur Verfügung zu stellen als auch für den britisch-ungarischen Ansatz, alle Unternehmen zur Konsortiumsbindung zu verpflichten und nur eine Registrierung pro Stoff vornehmen zu lassen.

Berlin: Mo, 28.02.2005 Im Bundestag notiert: SICHERHEIT LAUFENDER ATOMKRAFTWERKE

Wirtschaft und Arbeit/Antwort Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung unterstützt Forschungsprojekte, die im Zusammenhang mit der Sicherheit laufender Atomkraftwerke stehen. Dies teilt sie in ihrer Antwort (15/4907) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/4759) mit. Damit werde sichergestellt, dass auch künftig kompetente Forschungseinrichtungen zur Verfügung stehen, um sicherheitsrelevante Fragen zu bearbeiten.

=====

Ende des newsletter/d/81

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt